

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 3

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Wir nähern uns der großen innenpolitischen Auseinandersetzung dieses Jahres. Die eidgenössische Abstimmung vom 11. Mai über die bürgerliche Bundesfinanzvorlage wirft ihre Schatten voraus. Schon spielen sich die ersten Pressegeplänkel ab, und in der Märzsession der Bundesversammlung gab mehr als ein Geschäft Anlaß, kritisch die Finanzlage des Bundes auch im Hinblick auf den 11. Mai zu beleuchten. Bekanntlich besitzt ja der Bund nach der Meinung der Befürworter der Finanzvorlage genügend Mittel, um seinen Haushalt zu bestreiten, so daß getrost ein Abbau seiner Einnahmen in Kauf genommen werden könne. Schamhaft verschweigt man, wie in den nächsten Jahren die enormen zusätzlichen Kosten für die Armee und den Straßenbau gedeckt werden sollen, ganz abgesehen von den großen Aufwendungen, die für die Atomwirtschaft, den Gewässerschutz und den weiteren Ausbau der Sozialversicherung erforderlich sind. Um welche Zahlen es sich handelt, zeigte drastisch genug die nationalrätliche Debatte über die Anschaffung der *hundert Kampfflugzeuge vom Typus P-16*. Wir wollen uns hier nicht in den Streit über die besten Flugzeugtypen einlassen. In diesem Punkte hält sich ohnehin jeder Schweizer für einen Fachmann. Aber was festgehalten zu werden verdient, das ist das widerliche Schauspiel, das bei diesem Anlaß gewisse Geschäftspatrioten in der Presse und bis in den eidgenössischen Ratssaal hinein geboten haben. Zwei große Maschinenfabriken, die miteinander auch im Waggon- und Liftbau im erbitterten Konkurrenzkampf stehen, befahdeten sich aufs heftigste und bombardierten Zeitungen und Ratsherren mit ihrem Propagandamaterial für und gegen den P-16. Sie ließen sich ihren Kampf eine mächtige Stange Geld kosten, die selbstverständlich letzten Endes der Steuerzahler zu berappen haben wird. Angeblich ging es bei diesen Auseinandersetzungen um die Frage nach dem für unsere Landesverteidigung zweckmäßigsten Flugzeugtyp, in Wirklichkeit aber um nackte Geld- und Geschäftsinteressen großkapitalistischer Firmen. Was jedoch die Verfechter dieses profitablen Wirtschaftssystems nicht daran hindern wird, bei Gelegenheit trotzdem über die verfluchten Staatseingriffe und die teure Bundesverwaltung zu schimpfen und den Sozialdemokraten mangelnden Patriotismus vorzuhalten. Wie der Bund die immer höheren Rüstungskosten decken soll, das bereitet ihnen nämlich geringe Sorgen. In den letzten Jahren haben wir neben den jährlich wiederkehrenden normalen Militärausgaben von 600 bis 700 Millionen Franken außerordentliche Rüstungskredite im Betrag von 1274 Millionen Franken ausgegeben; dazu kommen nun für den P-16, alles eingerechnet, weitere 500 bis 550 Millionen Franken. Für die nächsten vier

Jahre haben wir also mit rund 420 bis 450 Millionen Franken zusätzlicher Militärausgaben pro Jahr zu rechnen, während der Bundesrat in seinem letzten Finanzplan lediglich 200 Millionen Franken außerordentlicher Aufwendungen einkalkuliert hat. Es steht also zum vornherein ein saftiges Defizit in Aussicht, das noch weiter anwachsen wird, wenn die Bundeseinnahmen infolge des Konjunkturrückganges in der Wirtschaft zurückgehen sollten. Und in dieser Situation kommt man nun mit einer Finanzvorlage vor das Volk, die zu einer ganz empfindlichen Kürzung der Bundeseinnahmen und zu einer erhöhten Verschuldung des Bundes mit größerer Zinsenlast führen wird. Welchen gefährlichen Illusionen geben sich da jene bürgerlichen Arbeitnehmerkreise hin, die hoffen, der für die gegenwärtige Finanzpolitik verantwortliche, auf Abbau und Sparen versessene freisinnig-konservative Regierungsbloc werde trotz allem die erforderlichen Mittel für die zahlreichen und wichtigen sozialen Aufgaben der nächsten Zukunft bereitstellen!

Zum ältesten sozialen Postulat der sozialistischen Arbeiterschaft gehört die Forderung nach *Verkürzung der Arbeitszeit*. Heroische Kämpfe wurden einst durchgeführt um die Verwirklichung des Achtstundentages. Seither hat die Technisierung und Rationalisierung der gesamten Wirtschaft und Verwaltung zu einer derart hohen Arbeitsintensität geführt, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 oder gar 40 Stunden mit Fünftagewoche aktuell geworden ist. Gewerkschaften und Sozialdemokratie befürworten selbstverständlich die weitere Kürzung der Arbeitszeit, doch knüpfen sie daran zwei Voraussetzungen: die Arbeitszeitverkürzung darf keine neue Teuerung hervorrufen, und der Arbeiter soll sie nicht durch einen Verzicht auf Lohnausgleich erkaufen müssen. Über diese Fragen ist in der Frühjahrs-session der eidgenössischen Räte debattiert worden anläßlich der Beratung über die *Initiative auf Einführung der 44-Stunden-Woche*, die der Landesring vor den Nationalratswahlen im Jahre 1955 als Propagandaschlager gestartet hatte. Der Bundesrat beantragte kurz vor Ablauf der dreijährigen Frist zur Behandlung der Initiative, das Begehren ohne Gegenvorschlag dem Volk und den Ständen zur Verwerfung zu empfehlen. Er hielt dafür, daß das Programm der Arbeitszeitverkürzung, wenn es sich stellt, auf dem Wege des Gesamtarbeitsvertrages, der sich für schweizerische Verhältnisse bewährt habe, zu lösen sei. Auch die Kommission des Nationalrates schloß sich dem Ablehnungsantrag des Bundesrates an, wobei jedoch die sozialistischen Kommissionsmitglieder die Meinung vertraten, es sollte der Initiative ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Verschiedene Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion verfochten in der Ratsdebatte denn auch mit so überzeugenden Argumenten diesen Standpunkt, daß sich im Rat eine Wandlung vollzog und die Vorlage an die Kommission zurückgewiesen wurde mit dem Auftrag, bis zur Junisession einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dieser sozialistische Erfolg ist deshalb erfreulich, weil es trotz den offenkundigen

schweren Mängeln der Landesring-Initiative – sie erstreckt sich nur auf die der Fabrikgesetzgebung unterstellten Arbeiter und Angestellten, nimmt keine Rücksicht auf die Produktivität der Betriebe und enthält auch nicht die Forderung nach Lohnausgleich – ein Fehler gewesen wäre, sie ohne Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist nun einmal eine berechtigte soziale Forderung, die erfüllt werden wird und muß. Aber statt der unzulänglichen Bestimmungen der Initiative sind auf dem Wege von Gesetz und Vertrag einwandfreie Voraussetzungen zu schaffen, damit allen Arbeitnehmern ungeschmälert die Vorteile und die Wohltat der verkürzten Arbeitszeit zuteil werden können. P. S.

Außenpolitik

Die Gipfelkonferenz der Regierungschefs steckt immer noch im Stadium der Vorbereitung. Die Vereinigten Staaten, die am meisten Bedenken gegen dieses Ost-West-Gespräch hegten, sind jetzt mit der Abhaltung der Konferenz prinzipiell einverstanden, allerdings unter der Bedingung, daß vorher durch die üblichen diplomatischen Kanäle die Aussichten auf einen gewissen Erfolg gesichert werden.

Die russische Regierung hat in einer Anzahl Prozedurfragen Konzessionen gemacht. So hat sie sich mit der vorherigen Abhaltung einer Ministerkonferenz, die sie früher abgelehnt hatte, einverstanden erklärt, will aber die Kompetenz dieser Vorkonferenz auf die Festlegung des Termins und der Tagesordnung der Gipfelkonferenz beschränken. Die Vereinigten Staaten möchten dagegen an dieser Vorkonferenz schon politische Fragen besprechen, um festzustellen, ob Aussicht auf ein positives Ergebnis vorhanden ist. Die Russen haben auch auf die Forderung verzichtet, daß sämtliche Mitglieder der NATO, des Warschauer Pakts sowie eine Anzahl Neutrale eingeladen werden sollen. Rußland schlägt jetzt vor, paritätisch je vier Staaten aus den beiden Kriegsblöcken und einige Neutrale einzuladen. Für die NATO: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Italien; für den Warschauer Pakt: die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien; und von den Neutralen: Indien und Schweden. Das würde ungefähr zehn Delegationen ausmachen, anstatt der ursprünglich vorgesehenen dreißig, eine Zahl, die vom Westen abgelehnt worden war. Die Russen sind sogar damit einverstanden, daß die Konferenz in den Vereinigten Staaten stattfindet, damit Eisenhower, der sich schonen muß und sein Land nicht für eine längere Periode verlassen sollte, an der Konferenz teilnehmen kann.

Es sind dies rein formelle Konzessionen; sie beweisen jedoch, daß die Sowjetregierung die Konferenz nicht an Prozedurfragen scheitern lassen will und daß sie ein großes Interesse an ihrem Zustandekommen zeigt.

Inzwischen hat Bulganin in einem seiner zahlreichen Briefe feierlich er-

klärt, die Sowjetregierung würde jederzeit ein Abkommen unterzeichnen auf Verbot der Fabrikation von Nuklearwaffen und völlige Vernichtung der vorhandenen Vorräte, unter strenger internationaler Kontrolle. In der gleichen Zeit hat die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, sie sei bereit, die Sistierung der Nuklearversuchsexplosionen zu behandeln, ohne diese Frage mit anderen Bedingungen zu verknüpfen.

Nach diesen verschiedenen öffentlichen Erklärungen sollte man annehmen können, daß die diplomatischen Gespräche zu gewissen positiven Ergebnissen führen würden.

Mitte März sind jedoch Rückschläge eingetreten. Die Russen erklärten, sie würden die Sitzungen der auf ihren Vorschlag erweiterten Abrüstungskommission der Vereinten Nationen weiterhin boykottieren. Einige Tage später meldeten sie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, ihren Beschluß, an der nächsten Generalversammlung der UNO die Frage des Verbots der Benützung des Weltraums zu militärischen Zwecken, verbunden mit der Liquidierung der Militärstützpunkte ausländischer Truppen auf den verschiedenen Kontinenten, zu stellen. Kurz vorher hatte die Sowjetregierung vorgeschlagen, diese Frage auf die Tagesordnung der Gipfelkonferenz aufzunehmen. Die Russen machen in ihren zahlreichen Reden, Interviews und Briefen so viele Vorschläge, daß ihre Politik widerspruchsvoll und chaotisch erscheint und kein Vertrauen erweckt. Immer wieder erklärt Chruschtschew, die Gipfelkonferenz solle den Status quo respektieren! Die Vorschläge seiner Regierung sind aber gar nicht auf dieses Ziel gerichtet.

Die Vereinigten Staaten wollen, daß auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands figuriere und ebenso die noch heiklere Frage der Einmischung der Sowjetregierung und der Roten Armee in die Angelegenheiten der Oststaaten; was die Russen entschieden ablehnen.

An diesen Verlautbarungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten kann man ermessen, wie weit wir noch von der Gipfelkonferenz entfernt sind. Premierminister McMillan soll im Laufe des Monats April, aus Anlaß einer Vorlesung an einer amerikanischen Universität, Gast im Weißen Hause sein. Er wird mit Präsident Eisenhower die Konferenzthemen erörtern, was bedeutet, daß die Gipfelkonferenz kaum vor dem Herbst stattfinden wird – wenn sie überhaupt zustande kommt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands, die Einmischung des Sowjetstaates in die inneren Angelegenheiten der Oststaaten, die Militärstützpunkte auf ausländischem Boden – das alles sind Probleme von solcher Natur, daß sie nicht am Anfang, sondern nur am Ende einer Entspannungsperiode mit Erfolg erörtert werden können; nicht als Voraussetzung, sondern als Folge der Entspannung.

Zuerst müssen einfache Probleme besprochen und gelöst werden. Die

Sistierung der Atomversuchsexplosionen für einige Jahre unter entsprechender Kontrolle, die Schaffung einer atomfreien Zone in Zentraleuropa nach dem Rapacki-Plan mit gleichzeitiger Begrenzung der konventionellen Rüstungen und der planmäßige Rückzug der Besetzungstruppen aus diesem Gebiet. das sind Fragen, die leichter zu lösen sind als diejenigen, die Rußland und die Vereinigten Staaten heute auf die Tagesordnung setzen wollen. Diese Vorschläge von beiden Seiten erschweren die Einberufung der Gipfelkonferenz, die doch notwendig geworden ist.

Die *Mission der guten Dienste* der Vermittler Murphy (USA) und Beeley (England) vermochte die als Folge der grausamen Bombardierung von Sakhiet Sidi Youssef entstandene *Spannung zwischen Frankreich und Tunesien* bis jetzt nicht beizulegen. Präsident Bourguiba beharrt auf der gänzlichen Räumung des tunesischen Territoriums durch die französischen Truppen, einschließlich des Kriegshafens von Bizerta. Frankreich aber will den Hafen von Bizerta behalten und eine Kontrolle über die Flugplätze Tunesiens ausüben. Die tunesische Regierung bemüht sich auch, die algerische Frage ins Gespräch einzubeziehen, was Frankreich entschieden ablehnt. Bourguiba und der König von Marokko schalten sich in die arabische Einigungsbewegung ein und machen Pläne, den ganzen Maghreb Nordafrikas zu einem einzigen arabischen Staat zu einigen. Diese Pläne versucht der französische Regierungschef Gaillard zu durchkreuzen durch den Plan einer Allianz aller Staaten des westlichen Mittelmeers zum Zwecke der gemeinsamen Verteidigung und der Ausbeutung der Reichtümer der Sahara. Auf diese Weise würden Italien, Spanien, Frankreich und eventuell England (wegen Malτας und Griechenlands!) mit Tunesien, Algerien und Marokko ein militärisches und wirtschaftliches Bündnis eingehen. Das riecht nach einer Neuauflage des Kolonialismus, und es wäre erstaunlich, wenn die nordafrikanischen Staaten, die im Begriff sind, das Joch des Kolonialismus abzuschütteln, diesem Plan Gaillard mit Begeisterung zustimmen würden, einem Plan, der, unter dem neuen Gewand eines militärischen und wirtschaftlichen Bündnisses, die militärische Besetzung und die Ausbeutung der Reichtümer Nordafrikas durch Frankreich erneuern würde.

Die Rückwirkung des algerischen Krieges auf die wirtschaftliche, soziale und politische Lage Frankreichs wird immer katastrophaler. Die Regierung besitzt keine Autorität mehr. Die Nachwahlen zeigen, daß die Wähler mehr und mehr zu den Extremisten auf der Rechten und der Linken übergehen. Die Rechtskreise entfalten eine rege Agitation, um General De Gaulle zu neuer Aktivität zu bewegen. Die Drohung des Faschismus nimmt zu. Die Demonstration der Pariser Polizei gegen das Parlament hat die *wachsende Gefahr des Zerfalls der Vierten Republik* erwiesen. Die Regierungsparteien sind aber unfähig, dieser Gefahr mit einer kühnen und großzügigen Politik in Algerien und im Lande selbst zu begegnen.

Die *beiden arabischen Einheitsstaaten*, die Vereinigte Arabische Republik Nassers und die Arabische Föderation der Haschemitenkönige, bekämpfen sich bereits heftig. Nasser hat Syrien seine persönliche Diktatur aufgezwungen. Den *Schachzug gegen den Sudan* hat er aber verloren. Die allgemeinen Wahlen in diesem Lande brachten eine eindeutige Niederlage der pro-ägyptischen Partei. Die Kriegsdrohungen Nassers gegen den Sudan haben das Volk gegen ihn aufgebracht.

In England hat die Regierung McMillan eine *neue Nachwahl* verloren. Die Kandidatin der Labour Party siegte über die Witwe des konservativen Abgeordneten des schottischen Wahlkreises. Es handelt sich hier um die zweite empfindliche Niederlage der Regierung seit Beginn dieses Jahres.

In *Indonesien* trägt die undemokratische Politik des Präsidenten Sukarno, der ein autoritäres Regime eingeführt hat, ihre Früchte. Die Kommunisten sitzen in der Koalitionsregierung. Ein Teil der früheren Mitarbeiter Sukarnos, besonders die jungen Volkswirtschaftler und Offiziere der Armee, verlangen eine Änderung der Politik und die Entfernung der Kommunisten aus der Regierung. Der Bürgerkrieg wurde durch einen Militärputsch und durch die Bildung einer revolutionären Regierung in Zentralsumatra entfesselt. Die zentralistische Politik der Regierung von Djakarta entspricht der Zusammensetzung dieser ausgedehnten Republik nicht; nur ein föderalistischer Aufbau könnte Indonesien aus dem Chaos retten.

Der Präsident der *Italienischen Republik*, Gronchi, hat die Kammer und den Senat aufgelöst. Die Neuwahlen werden am 25. Mai stattfinden.

J. H.-D.

Blick in die Zeitschriften

Unter dem Titel *«Befreiung durch Evolution»* und mit dem nicht minder vielsagenden Untertitel *«Die ‚Abweichung‘ als Rettungsweg»* ist im Februarheft des *«Monats»* eine außerordentlich interessante Arbeit von Prof. *Sidney Hook* (Neuyork) erschienen. Der amerikanische Autor sieht *«für den kommenden Abschnitt der Geschichte die einzige realistische Aussicht in einer Befreiung durch Evolution»* und fügt hinzu: *«Darunter verstehe ich die sich im Rahmen der ideologischen Tradition des Marxismus-Leninismus vollziehende allmähliche Umwandlung des totalitären Systems der Satellitenstaaten in eine freiheitliche Kultur, in der die wichtigsten politischen und kulturellen Freiheiten einer offenen Gesellschaft legal anerkannt und auch faktisch verwirklicht sind.»*

Sidney Hook betont dann: *«Heute gibt es in vier Gebieten der Welt unter dem Namen des Kommunismus oder Marxismus vier untereinander höchst verschiedene Theorien und Praktiken des sozialistischen Aufbaus – in der Sowjetunion, in China, in Jugoslawien und in Polen.»* Diese *«höchst verschiedenen Theorien und Praktiken»* untersucht er dann analytisch, um abschließend zu folgender Perspektive zu gelangen:

«Nach dem täppischen Versuch einer Entstalinisierung durch Stalins Komplizen, nach der polnischen Unabhängigkeitserklärung und dem heroischen Kampf der ungarischen Nation gegen ihre russischen Unterdrücker haben sich die Dinge einschneidend